



# DER ROTE SPATZ

Informationsblatt des Dessauer SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

unsere Programmdiskussion zur Kommunalwahl 2024 geht jetzt in die dritte Runde. Beim letzten Treffen haben wir Handlungsschwerpunkte für eine konstruktive Veränderung unserer Stadt zusammengetragen. Die Fakten wird Robert Hartmann zusammenfassen und noch allen zur Kenntnis geben. Sehr aufschlussreich können auch noch die bevorstehenden Gespräche mit den neuen Dezernenten werden, die zu den nächsten Terminen eingeladen sind. Unser Kommunalwahlprogramm soll kurz und prägnant werden und trotzdem alle wichtigen Punkte enthalten.

Der Landesparteirat hatte sich im März ebenfalls mit der Vorbereitung der Kommunalwahlen beschäftigt. Die Vertreter der Kreis- und Stadtverbände haben über ihren bisherigen Aktivitäten berichtet. Der Landesverband wird die Koordinierung übernehmen und helfen, wenn es Probleme gibt. Ein breites Weiterbildungsangebot vom Bund und Land kann ebenfalls genutzt werden. Jeder, der zur Kommunalwahl 2024 kandidieren möchte, ist willkommen!

Christine Walther, Daniel Kutsche, Daniela Koppe, Robert Hartmann, Joachim Volger und Daniel André Bräsecke

## Rückblick - 90 Jahre Ermächtigungsgesetz

Robert Hartmann

**„Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht“**

(Otto Wels, 23. März 1933)

*90 Jahre Ermächtigungsgesetz - Erinnerung an den parlamentarischen Widerstand gegen die Legitimation der NS-Diktatur*



Am 23. März 1933 wurde im Reichstag das Ermächtigungsgesetz beschlossen, mit dem die Weimarer Verfassung ausgehöhlt und die Grundlage für den Ausbau der NS-Gewaltherrschaft gelegt wurde. Nur die SPD-Abgeordneten

widerstanden den Drohungen der Nazis und stimmten mit Nein; die kommunistischen Abgeordneten waren bereits aus dem Reichstag ausgeschlossen und viele verhaftet. Alle anderen Parteien machten sich mit den Nazis gemein und stimmten mit Ja.

Dieses Ereignis hatte unsere SPD-Fraktion im Landtag aufgegriffen und eine aktuellen Debatte beantragt. Denn diese Mahnung ist brandaktuell: Mit Rechtsextremisten darf es keine Zusammenarbeit in den Parlamenten geben!

Während der Landtagssitzung jährte sich die Sitzung des Reichstags vom 23. März 1933, in der das Ermächtigungsgesetz angenommen wurde, zum 90. Mal. Die Parteien und Abgeordneten, die dem Gesetz zustimmten, schufen damit die scheinbare demokratische Legitimation für den Ausbau der NS-Gewaltherrschaft, die vollständige Aushöhlung der Reichsverfassung und die politische Verfolgung und Unterdrückung aller demokratischen Kräfte. Nach der bereits erfolgten Ausschaltung der kommunistischen Abgeordneten stimmten nur die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichstags gegen das Gesetz, das in der weiteren historischen Perspektive auch der Vorbereitung von Krieg und Völkermord diente.

Die Rede von Otto Wels, mit der er diese Ablehnung begründete, ist ein dauerhaftes Zeugnis des Mutes und der Bereitschaft zum Widerstand. An diesen Widerstand zu erinnern, ist heute besonders wichtig. Was Parteien anrichten können, die in Parlamenten mit Rechtsextremisten kollaborieren, darf nie vergessen werden.

## Kommunalwahlprogramm 2024 - die nächsten Termine

Robert Hartmann

Wir hatten in der AG Wahlprogramm darüber gesprochen, in der Zeit bis zum Sommer vier verschiedene Gesprächsrunden mit den Dezernenten unserer Stadt zu führen.

*Einladung zur Diskussion  
Kommunalwahlprogramm 2024*

*Montag, den 3. April um 18 Uhr zum Thema Bürgerdienste,  
Umwelt und Sicherheit. Hierzu wird der zuständige Dezernent  
Stefan Horvath unser Gast sein.*

*Dienstag, den 18. April um 18 Uhr zum Thema Bildung und  
Schulentwicklung, Soziales und Integration sowie Jugend. Dabei wird die  
Dezernentin Eter Hachmann mit uns diskutieren.*

Bei den jeweiligen Gesprächen soll es einen kurzen Input ins Thema geben, danach eine Frage-Antwort-Runde und im Anschluss ein Gespräch, wo die wichtigsten Ziele für die Jahre 2024 bis 2029 liegen sollten. Die Termine sollen nicht länger als zwei Stunden dauern und der Ort der Zusammenkunft ist die AWO in der Parkstr. 5.

Im Mai werden zwei weitere Themenabende folgen, zu denen die Termine noch rechtzeitig bekanntgegeben werden: a) Digitalisierung, Finanzen, Steuern/Gebühren und b) Bauordnung, Gebäudemanagement, Tiefbau, Stadtgrün

*„Mit dem Tod eines geliebten Menschen verliert man vieles,  
niemals aber die gemeinsam verbrachte Zeit.“*

### **Klaus-Dieter Welter**

\*8.7.1944, †18.3.2023

Mit großer Erschütterung und Trauer vernahmen wir die Nachricht vom Tod  
unseres Genossen und treuen Weggefährten.

Klaus-Dieter gehörte zu den SPD - Gründungsmitgliedern. Er war lange Zeit  
als Stadtrat tätig und hat als Ortsvereinsvorsitzender gearbeitet.

Wir sprechen allen Angehörigen und Freunden unser tief empfundenes Beileid  
zu dem schweren Verlust aus.

Der SPD Ortsverein Dessau Süd und der SPD Stadtverband Dessau-Roßlau  
schließen sich der großen Trauergemeinde an.

In stiller Trauer

SPD Ortsverein Dessau Süd  
SPD Stadtverband Dessau-Roßlau

Dessau-Roßlau, im März 2023

## Klimapolitik und Energiewende - was ich von der SPD erwarte

Joachim Volger

Angesichts des furchtbaren und sogar die Menschheit bedrohenden Krieges in der Ukraine wagt man kaum an eine andere und noch größere Bedrohung unserer Welt zu erinnern, nämlich die Folgen eines Klimawandels durch Überschreiten gleich mehrerer Kippunkte. Leider sind wir nicht in der Situation, dieses vom Menschen gemachte Problem dem des Krieges nachzuordnen.

Die SPD führt nun schon lange genug eine "Koalition des Fortschritts", ohne dass in Richtung einer zukunftsorientierten Gesellschaft substantielle Fortschritte zu erkennen sind. Viele Wähler hatten diesbezüglich eine konsequente und nachvollziehbare Politik erwartet und werden ihre Enttäuschung bei den nächsten Wahlen zum Ausdruck bringen, indem sie allen Anzeichen nach entgegen jeglicher Logik mehr konservativ und rechts wählen werden als zuvor. Eine solche Entwicklung würde aber (und dies nicht nur in Deutschland) den begonnenen Prozess in Richtung einer klimafreundlichen und auf einen sozialen Ausgleich gerichteten Politik eher ausbremsen, die Spaltung vertiefen und destabilisierende Tendenzen in der Welt befördern. Aus Sorge darum möchte ich einige mir wichtige Dinge nennen, die besonders die einst gesamtheitlich denkende SPD in geordnete Bahnen bringen müsste.

Mit dem Atomausstieg und dem Ausbau der regenerativen Energieerzeugung schien Deutschland noch vor etwa einem Jahrzehnt auf einem guten Weg gewesen zu sein, jedoch setzte die damalige Regierung dabei ausschließlich auf private Initiativen, indem lediglich oft widersprüchliche Anreize geschaffen wurden. Diese Anreize führten wegen des Strebens nach schnellem Gewinn zwar zu einem Ausbau vor allem der profitablen Windkraft, nicht aber zu einer zielgerichteten, koordinierten Energiepolitik, die sich am künftigen Bedarf an Elektroenergie, Wasserstoff und klimaneutralen, synthetischen Kraftstoffen orientiert und in ausreichender Weise mögliche äußere Einflüsse auf die Energieerzeugung und -Verteilung wie anhaltende ungünstige Wetterereignisse, Trockenheit und sogar Konflikte, Erdbeben und Vulkanausbrüche vor allem in anderen Ländern des europäischen Verbundsystems berücksichtigt.

**Die SPD muss begreifen, dass sie sich zu Fragen der Klimapolitik eindeutig und auf einer wissenschaftlichen Basis positionieren muss und ein Lavieren zwischen den Fronten nicht nur der Umwelt, sondern auch ihr selbst Schaden zufügt.**

Diese Faktoren sind seit Beginn der Umstellung auf die regenerative Energieerzeugung bekannt und müssten nicht nur zur Berücksichtigung einer notwendigen Überkapazität der einzelnen Formen der Energieerzeugung, sondern vor allem zu einer zeitgleichen Schaffung von Speicherkapazitäten der unterschiedlichsten Formen wie ober- und unterirdische Pumpspeicherwerke, Akkuspeicher, Unterwasser-Druckspeicher oder Energiespeicherung in Form vom Wasserstoff oder Methanol usw. führen. Dies äußerte sich schon sehr frühzeitig in Abschaltungen von Windkraftanlagen wegen einer unzureichenden Aufnahmefähigkeit des Netzes, ohne dass es zur Korrektur falsch gesetzter Anreize wie z.B. des doppelten Netzentgeltes für das Laden und Entladen von Speichieranlagen oder zur verpflichtenden Schaffung einhergehender Investitionen in Speicherkapazitäten beim Neubau regenerativer Energieerzeuger geführt hätte. Statt dessen wurde allein auf einen Ausbau der Windkraft vor allem in windreichen Gebieten gesetzt, was wiederum zur Notwendigkeit eines Ausbaus der kostenintensiven, umstrittenen und großenteils immer noch fehlenden Energietrassen führte. Dass eine dezentrale Erzeugung und Speicherung von Energie nicht nur den Ausbau der Trassen vereinfachen, sondern auch zu einer höheren Versorgungssicherheit führen würde, wurde dabei nicht in Betracht gezogen, da Gewinnstreben durch Effizienzsteigerung der jeweiligen Anlagen und der politische Kompromiss mit der CSU über diese Kriterien gesetzt wurde.

Ein privater Investor ist natürlich an kurzen Amortisationszeiten interessiert und verlegt sich deshalb allein auf die Energieerzeugung. Dem traditionellen kapitalistischen Weltbild folgend, fehlte es am Mut und Willen

**Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf [www.spd-dessau-rosslau.de](http://www.spd-dessau-rosslau.de)**

zu einer staatlichen Ordnungspolitik. Energie ist in unserer entwickelten Gesellschaft aber (über)lebenswichtig und gehört allein deshalb in die ordnende Hand des Staates. Das schließt ja nicht aus, dass der Staat sich privater Initiativen bedienen kann. Unakzeptabel ist aber Folgendes:

- Es gibt keinen Anreiz zum Bau von Energiespeichern, solange man auch unter Inkaufnahme von Abschaltzeiten noch einen Gewinn erzielt und solange zentrale Speicher z.B. am Ort stillgelegter Kraftwerke (Verteiler-Infrastruktur vorhanden) durch doppelte Netz-Entgelte bestraft werden.
- Es gibt keine von der Politik initiierten und zur Handlungsmaxime gemachten Untersuchungen zum sinnvollen Anteil weniger energieeffizienter Speichertechnologien wie z.B. über Wasserstoff und Methanol, die aber immer dort Anwendung finden können, wo elektrische Antriebe mit Akkuspeicher die Anforderungen bezüglich der Masse-/Leistungsbilanz, der erforderlichen Verkehrsgeschwindigkeit oder der Reichweite nicht erfüllen können (z.B. Flugverkehr, Militärtechnik). Das Nachgeben gegenüber den Forderungen der FDP zur Tolerierung von Verbrennern mit E-Fuels zeigt dies und löst Kopfschüttel über die Inkonsequenz der SPD aus.
- Es ist kein ernsthaftes und die Länderegoismen begrenzendes Handeln beim Schaffen der notwendigen Energiestrassen zu verzeichnen (z.B. Offshore-Standorte oder verstärkte Dezentralisierung). Die damit verbundenen Entscheidungen auch strategischer Art verlangen eine staatliche Planung, die nur möglich ist, wenn die Entscheidungshoheit im Energiesektor beim Staat liegt. Dieser muss sich von lokalen Egoismen und Lobbyismus frei machen und ausschließlich unabhängiger wissenschaftlicher Institutionen bedienen.
- Das von vielen als positiv empfundene Motto der Technologiefreiheit ist bei der Umstellung auf alternative (elektrische) Antriebe in Wirklichkeit ein Hemmschuh für die weitere Entwicklung der regenerativen Energien, da jetzt ein zügiger, koordinierter und konsequenter Übergang auf diese erforderlich ist. Es bedarf dazu auch keiner weiteren Forschung, welche die beste Form der Energiespeicherung ist, da den Gesetzen der Physik entsprechend eine mehrfache Energieumwandlung immer einen schlechteren Wirkungsgrad hat und somit zur Deckung des Energie-Mehrbedarfs eine größere Anzahl regenerativer Energieerzeuger notwendig wäre. Deren Kosten und Flächenbedarf zwingen zu einer effizienten Energienutzung, um nicht in unkalkulierbare Abhängigkeiten zu geraten. Den höchsten Wirkungsgrad unter den Speichermedien haben Akkumulatoren, die immer dann die günstigste Lösung darstellen, wenn das Verhältnis aus Masse und speicherbarer Energiemenge dies erlaubt bzw. erfordert.
- Die kommunalen Stromnetze sind nicht auf die Erfordernisse der Umstellung der Heizungen z.B. auf Wärmepumpen und der erforderlichen Lade-Infrastruktur ausgelegt. Viel früher hätte der Staat durch entsprechende Erlasse auf einen systematischen Ausbau der kommunalen Netze Einfluss nehmen müssen. So müsste z.B. längst bei jedem Straßenausbau prophylaktisch mindestens der dafür erforderliche Leitungsquerschnitt gelegt werden. In Anbetracht der vielen laufenden Straßenbaumaßnahmen ist diesbezüglich höchste Eile geboten. Auch die Finanzierung der kommunalen Verteilungsnetze ist sicherzustellen und bidirektionales Laden zur Entlastung der Netze zu vergüten.
- Beim Übergang zur Elektromobilität setzen Staat und Industrie offensichtlich vorwiegend auf die Besserverdiener<sup>1)</sup> mit Haus und Grundstück und vergessen, dass das Ziel eines vollständigen Übergangs zur Elektromobilität nur dann erreichbar ist, wenn auch die in größeren Wohnhäusern lebenden Menschen zu einem Umstieg motiviert werden. Dazu bedarf es sehr zahlreicher kleinerer Ladestationen (z.B. Laterne-ladestationen) nahe der Wohnorte der Bürger, um ein Aufladen über Nacht oder in Pausenzeiten gewährleisten zu können, ohne dass der Nutzer eines Elektromobils zu weiten Wegen von der bzw. zur Ladestation gezwungen wird. Auch muss an den Ladestationen rückwirkend für ein einheitliches und einfaches Zahlssystem mit Bank- und Kreditkarten gesorgt werden. Anders wird sich die Elektromobilität nicht durchsetzen und wir werden die Klimaziele nicht erreichen.
- Überhaupt nicht wird auf der politischen Ebene über die Umstellung teurer und langlebiger Fahrzeuge wie z.B. der großen Anzahl von Wohnmobilen nachgedacht<sup>2)</sup>. Hier bedarf es einer Entscheidung, ob diese auf Batteriebetrieb oder vielleicht einfacher auf e-Fuels umgerüstet werden sollten, was aber ein Abfe-

**Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf [www.spd-dessau-rosslau.de](http://www.spd-dessau-rosslau.de)**

dern der Betriebskosten notwendig machen müsste. Solche Entscheidungen dürfen nicht dem Zufall der ansonsten sicherlich bereichernden Technologieoffenheit überlassen werden, da nicht nur die Betreiber selbst, sondern auch die der Infrastruktur davon betroffen sind und Investitionen geplant werden müssen.

- Nicht nur das notwendige Recycling verbrauchter Akkumulatoren ist gesetzlich zu regeln, sondern auch eine Verpflichtung zur Schaffung von dem neuesten Entwicklungsstand der Akkumulatortechnik angepassten Ersatzakkumulatoren und deren Standardisierung.
- Besonders sträflich ist es, den Konzernen und der Strombörse die Energiepreispolitik zu überlassen. Dies führt zwangsläufig dazu, dass die Reichen reicher und die Armen durch vollkommen überhöhte Energiepreise noch ärmer werden. Allein das spricht für eine Verstaatlichung oder mindestens für eine staatliche Regulierung. Gleiches gilt für die unsägliche Kopplung des Preises der Elektroenergie an die teuerste Energieerzeugungsform, anstatt einen Mittelwert zugrunde zu legen, der ja auch die reale Basis für die Preisbildung wäre.

Die Umstellung auf regenerative und ggf. weitere zukunftssichere Technologien der Energieerzeugung wie die Kernfusion wird nur gelingen, wenn die Elektroenergiekosten auf ein realistisches Maß gedrückt werden. Da die Erzeugungskosten für Windenergie gegenwärtig bei 7 Cent/kWh liegen, sollten künftig sinkende Energiepreise zu erwarten sein. Dies trifft leider aber nur zu, wenn der Staat die Preispolitik in seine Hände nimmt und Spekulationsgewinne verhindert.

Nach wie vor wird im Bausektor überwiegend auf den Werkstoff Beton gesetzt, dessen Herstellung weltweit etwa ebenso hohe CO<sub>2</sub>-Emissionen erzeugt wie der gesamte Verkehrssektor. Ein Umsteuern ist hier wegen des Preisdrucks und fehlender Innovationsfreudigkeit nicht zu erwarten. Auch hier sind regulierende Maßnahmen dringend erforderlich, zumal auch die Kostensteigerungen zu Wohnungsnot sowie exzessiven und unsozialen Preissteigerungen führen<sup>3)</sup>. Zunächst müsste dafür gesorgt werden, dass unnötiger Abriss zugunsten einfallreicher Sanierungen, die auch gestalterische Freiräume für die Mieter oder Wohnungseigentümer schaffen, gestoppt wird und Vorschriften, die alternative Bauverfahren behindern, abgeschafft werden.

Energie, Wasser und auch Wohnen sind Gemeingut! Wenn der Staat nicht in der Lage ist, sich von ideologischen Dogmen zu lösen und dieses Gemeingut vor dem hemmungslosen Zugriff privater Interessen zu schützen, wird die Gesellschaftsform der sozialen Marktwirtschaft nur ein vergängliches Ideal sein und keine Zukunft besitzen. Im Interesse der Zukunft und des sozialen Friedens sollte endlich eine wissenschaftliche Politik den Vorrang vor einer vom Markt getriebenen Wirtschaftspolitik haben. Die derzeitige Regierung sollte dies endlich erkennen.

- 1) Das ist auch deutlich an Größe, Ausstattung und Preis der meisten elektrischen Pkw zu erkennen.
- 2) Im chinesischen Staatskapitalismus wurde ganz ohne Zwang allein durch unbürokratische staatliche Lenkungsmaßnahmen das geschafft, was bei uns unmöglich erscheint: Inzwischen sind fast alle der zahlreichen Dreirad-Transportfahrzeuge und auch die Rikschas unter Verwendung einheitlicher Elektroantriebsmodule (mit Differentialgetriebe und einheitlichen Schnittstellen) in zahlreichen kleinen Werkstätten auf Elektroantriebe umgerüstet worden. Es gibt auch kaum noch Motorroller mit Verbrennungsmotoren. Geladen kann überall werden, indem man auf privater Basis (bei uns kaum denkbar) z.B. ein Kabel an eine 230 V- Steckdose eines der vielen nahe gelegenen Läden anschließt. Die pure Anzahl dieser Fahrzeuge zeigt, dass auch einfache und schnelle Lösungen möglich sind, wenn planmäßig vorgegangen wird, für die Nutzer die Vorteile auf der Hand liegen und Profitmaximierung dem Ziel untergeordnet wird.
- 3) "Wohnungen dienen eben nicht mehr dazu, Menschen das Grundbedürfnis nach Wohnen zu erfüllen, sondern relativ schnell, sicher und einfach hohe Renditen für Kapitalanleger zu erwirtschaften. Wir müssen wieder dahin, dass Wohnen als öffentliche Daseinsvorsorge verstanden wird, wie Wasser, Verkehr und andere Infrastruktur." Roman Grabolle, Netzwerk Leipzig - Stadt für alle.

## Problem Flüchtlingsunterbringung

Christine Walther

Die Bundesländer sind an die Kapazitätsgrenze ihrer Unterbringungsmöglichkeiten für die Flüchtlinge gekommen. 2022 kamen z.B. 1,2 Mio. Menschen nach Deutschland. Davon waren 1 Mio. Ukrainer.

Für die Aufnahme und Unterbringung von Schutzsuchenden sind laut Asylgesetz die Länder zuständig.

Der Deutsche Städtetag hat vom Bund gefordert, dass der Bund künftig auch eigene Unterkünfte bereitstellen soll, um kurzfristig Flüchtlinge aufnehmen zu können. Es müssen rasch mehr Kapazitäten für die Aufnahme weiterer Geflüchteter geschaffen werden. Aus Sicht des Städtetages sollten Bund und Länder den Kommunen außerdem Geld dafür geben, wenn neue Unterkünfte geschaffen werden.



„Wir wollen nicht wegschauen, wir wollen Mitverantwortung übernehmen.“

Geflüchtete dürfen nicht länger zur Durchsetzung militärischer und politischer Ziele missbraucht werden.“

Der SPD-Landesvorstand



Ziel muss es sein, dass Asylbewerber mit Bleiberecht schnell integriert werden. Diejenigen ohne Bleiberecht sollen möglichst schnell wieder das Land verlassen. In den Bundesländern wird das sehr unterschiedlich gehandhabt. Die Verfahrensdauer bei Klage gegen die Abweisung des Asylantrages liegt bei 26 Monaten.

Seit 2014 werden mehr als 20.000 Menschen im Mittelmeer vermisst. Das ist ein haltloser Zustand. Erst im März dieses Jahres gab es wieder ein Bootsunglück, bei dem über 70 Tote zu beklagen waren.

Die CDU hat sich jetzt für die Errichtung von Außenstellen der EU an der nordafrikanischen Küste ausgesprochen. Das wird u.a. wegen der zu erwartenden unmenschlichen Unterbringungsbedingungen von den übrigen Parteien nicht favorisiert.

Der Flüchtlingsgipfel Mitte Februar 2023 von Bund, Ländern und Kommunen brachte leider keine greifbaren Ergebnisse. Ab 9.3.2023 tagt die EU-Innenministerkonferenz, wo ein gemeinsames und einheitliches Vorgehen angestrebt wird. Die solidarische Verteilung der Flüchtlinge auf die EU wird das große Problem werden. Bis zum Frühjahr 2024 will man diese schwierige Aufgabe lösen. Deutschland mahnt dabei mehr Tempo bei einer kompletten Neuaufstellung der europäischen Asylpolitik an.

Die Ministerpräsidenten der Bundesländer hatten am 16.3.2023 in einem gemeinsamen Beschluss wegen der steigenden Flüchtlingszahlen eine "deutlich" und über die bereits zugesagten Mittel hinausgehende Unterstützung des Bundes gefordert. Notwendig sei ein Finanzierungsmodell, das sich den verändernden Flüchtlingszahlen anpasse. Ein Bund-Länder-Gipfel mit Kanzler Olaf Scholz (SPD) zu Flüchtlingskosten ist für den 10. Mai geplant.

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf [www.spd-dessau-rosslau.de](http://www.spd-dessau-rosslau.de)

## Erinnerung an die Zerstörung Dessaus

Christine Walther

Unter dem Motto „Lichter für Vielfalt und Weltoffenheit“ fand am Dienstag, am 7.3.2023 eine Veranstaltung der Stadt und der Kirchen in Dessau an der Friedensglocke auf dem Marktplatz statt. In diesem Jahr war es die 78. Veranstaltung, die anlässlich der 80-prozentige Zerstörung der Dessauer Innenstadt 1945 durchgeführt wurde.

Der OB Herr Reck hielt eine Ansprache und erinnerte dabei auch an die vielen Menschenopfer, die mit der Bombardierung verbunden waren. Er wies darauf hin, dass die Menschen ein friedliches Miteinander brauchen und verurteilte den Krieg in der Ukraine.

Die Kreisoberpfarrerin mahnt ebenfalls zum friedlichen Zusammenleben. Die ökumenische Andacht war mit einer szenischen Lesung verbunden, die durch gemeinsames Singen von Liedern bereichert wurden. Es war eine sehr schöne Veranstaltung.



Am Sonnabend, dem 11.3.2023, trafen sich in der Innenstadt Vereine und Parteien zum Aktionstag für Weltoffenheit, Vielfalt und Toleranz in der Dessauer Innenstadt. Auf der Bühne wurde ein buntes Programm geboten, der OB hielt eine Rede und auch der Opernchor des Anhaltischen Theaters traten auf.

Ein großes Dankeschön an alle, die den Infostand betreut und zur Verfügung gestellt haben: Thomas Walther, Kathleen Beck, Jürgen Thielemann, Christine Walther, Matthias Stock, Robert Hartmann.

Für drei Stunden bei 4 Grad war das schon eine Leistung. Für Kathleen Beck, Fraktionsmitarbeiterin und Jürgen Thielemann, SPD-OV SiZiKü ein besonders Lob.



Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf [www.spd-dessau-rosslau.de](http://www.spd-dessau-rosslau.de)



## Den Geburtstagskindern im April herzlichen Glückwunsch!

Hans-Christian Sachse, Michael Köckert, Ingeborg Arnold,  
Dirk Günther, Holger Pflug, Daniela Koppe und Jan Muß-  
mann



*Frohe Ostern*

### Impressum

DER ROTE SPATZ wird an alle Mitglieder SPD-Ortsvereine Dessau-Roßlau versendet. Darüber hinaus steht das Blatt auf der Seite <https://www.spd-dessau-rosslau.de/> zum Download bereit. Herausgeber ist der SPD-Stadtverband Dessau-Roßlau.

**Postadresse:** Hans-Heinen-Str. 40, 06844 Dessau-Roßlau.

**Redaktion:** Robert Hartmann, Daniel André Bräsecke, Daniela Koppe, Joachim Volger, Christine Walther, Daniel Kutsche  
Einsendungen bitte an: [cut.walther@hotmail.de](mailto:cut.walther@hotmail.de)

Redaktionsschluss ist jeder 20. des Monats.

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte und Fotos wird keine Haftung übernommen. Die Redaktion behält sich das Recht zu Kürzungen vor.

Im Übrigen geben die Artikel in erster Linie die Meinung der Autoren, nicht aber in jedem Fall die der Redaktion wieder.

### Termine

**SPD-OV-Sitzung Süd,**  
Do., 13.04.2023, 18 Uhr, Jägerklause

**SPD-OV-Sitzung Roßlau,**  
Mi., 12.04.2023, 18:30 Uhr

**SPD-OV-Sitzung SiZiKü,**  
Mi., 19.04.2023, 18:00 Uhr, TGZ, Zi. 301

**Maifeiertag – Tag der Arbeit**  
Mo., 01.05.2023

Mehr Themen, Informationen und Termine finden Sie auf [www.spd-dessau-rosslau.de](http://www.spd-dessau-rosslau.de)